



Wir erleben unsere blauen Wunder

Vielgeliebtes, vielgeprüftes Österreich

**Seit 30 Jahren
ist die Volkspartei
wieder an der
Spitze: Schüssel
Kanzler**

**Alte Hofburg, Schweizertor:
Deutschland – Österreich –
Spanien – Ungarn – Böhmen –
Burgund um den Doppeladler:
und die vierzehn EU Staaten?**





Dr. Hubert Jurassek

Uns geht es nur um Österreich!

Die Wahl zum österreichischen Nationalrat am 3. Oktober 1999 hat auch zu unserem Leidwesen der FPÖ einen großen Stimmenzuwachs gebracht, vor allem auf Kosten der SPÖ, die praktisch die Führung der Arbeiterschaft verloren hat.

diszipliniertheit ist ein Risiko (s. Leitl in der „Furche“ vom 3.2.2000) – war daher das geringste Übel.

Unmittelbar nach Bekanntwerden des Wahlergebnisses am 3. Oktober 1999 hat Israel für den Fall einer Regierungsbeteiligung der FPÖ mit der Abberufung seines Botschafters gedroht. In einer offiziellen Erklärung der israelischen Regierung werden die „erleuchteten“ Nationen aufgefordert, gegen dieses Phänomen zu handeln und es zu denanzieren (Ari Rath in der „Furche“ 10.2.2000).

Kaum hatte Klima den Auftrag zu Regierungsverhandlungen zurückgelegt, drohen die Regierungen der 14 EU-Länder in der sogenannten Lissabonner Erklärung vom 31.1.2000, für den Fall der Regierungsbeteiligung der FPÖ, Österreich, wie seinerzeit nach der Wahl Waldheims zum Bundespräsidenten, diplomatisch zu isolieren. Es ist eine Art Quarantäne verhängt worden, von der „Furche“ (3.2.2000) als Ultimatum, ja sogar als Erpressung, in der „Presse“ (2.2.2000) als Feuerticket bezeichnet, da Österreich nicht einmal gehört worden ist.

Die Lissabonner Erklärung erfolgte damit rasch, daß sogar einige der Unterzeichnerstaaten von einer vorbereiteten konzertierten Aktion gesprochen haben; sie seien zu einer raschen Entscheidung gedrängt worden und hätten keine Zeit gehabt, den genauen Inhalt dieser Erklärung zu studieren. Erstmals haben 14 Mitgliedsstaaten der EU unter Mißachtung des Prinzips der Einstimmigkeit das 15. Mitglied, nämlich Österreich, wegen dessen Regierungsbildung, also einen Akt der Staatssou-

veränität, mit Sanktionen belegt: ein gefährlicher Präzedenzfall, ähnlich der Breschnew-Doktrin. „Sind denn die in der EU von allen guten Geistern verlassen?“, fragt Andreas Schwarz in der „Presse“ (a.a.O.). Zugleich mit der Verhängung der Quarantäne haben diese Staaten zum Boykott des österreichischen Fremdenverkehrs aufgerufen; eine Maßnahme, deren wirtschaftliche Folgen der seinerzeit von Hitler gegen Österreich verhängten 1000-Marksperr gleichkommen. Nach der nunmehr erfolgten Regierungsbildung zwischen ÖVP und FPÖ sind diese Sanktionen „automatisch“ in Kraft getreten.

Der Prügelknabe

Von Österreich könne die „Gefahr“ ausgehen, daß Rechtsextremismus, Intoleranz, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit auf die die Quarantäne verhängt habenden Staaten übergreife und dadurch auch die in ihren Staaten bestehenden Rechtsparteien aufwind bekämen und die dort größtenteils sozialistischen Regierungen gefährdeten könnten, eine Art Menetekel für diese Parteien. Österreich wird also zum Prügelknaben Europas. Regierungsbeteiligungen extremer Parteien in anderen EU-Staaten (Neofaschisten in Italien, Kommunisten in Frankreich) haben bisher keine vergleichbaren Reaktionen hervorgerufen. Kreisky hat Altmair in seine Regierung aufgenommen. Bartoszewsky, einst polnischer Botschafter in Österreich, dann polnischer Außenminister, meint in einem Interview in der „Furche“ vom 10.2., Friedrich Peter, SS-Offizier und FPÖ-Obmann, habe mit

Kreisky zusammengearbeitet; die Türe zu einer Koalition mit der FPÖ sei also nicht von der ÖVP geöffnet worden. Im befreundeten Ausland müsse man bedenken, daß Österreich sich fünf Jahrzehnte lang als besonders stabiles demokratisches, human engagiertes und verfassungstreues Land erwiesen habe, ein Leuchtturm der Freiheit, so Kardinal Schönborn in der „Furche“ vom 10.2.

Erschüttert sind wir als Widerstandskämpfer für Österreichs Freiheit gegen den Nationalsozialismus, daß, wie Alois Mock in der „Furche“ vom 3.2.2000 schreibt, diese Kampagne zum Schaden unseres Landes aus parteipolitischen Eigennutz aus Österreich ins Ausland getragen worden ist und dort Unwahrheiten verbreitet und alte Dämonen zu erwecken versucht wurden. Tatsächlich sind in der Debatte um die Regierungserklärung von Schüssel haßerfüllte Worte gefallen. Laut Pressemeldungen habe Klima, nach österreichischer Bundeskanzler, bei einer Tagung in Stockholm diese gegen Österreich gerichteten internationalen Maßnahmen angeregt. Bundespräsident Dr. Klestil sei früh informiert worden.

Empörend empfinden wir es, daß von marxistischer Seite offenbar mangels besserer Argumente an die „Gewalt der Straße“ appelliert worden ist. Stoßtrupp, zum Teil aus dem Ausland eingereiste Berufs-demonstranten – wer hat sie gerufen, wer hat sie bezahlt? – stürmten in Wien die Zentrale der ÖVP, diverse Regierungsgebäude, das Hotel Imperial und das Burgtheater, wo sie die Vorstellung unterbrochen und ihre Parolen gebrüllt

Der Souverän Wähler hat damit seinen Wunsch nach einem Wechsel in der österreichischen Regierung ausgesprochen. Der Versuch, trotz dieses Wahlergebnisses wieder eine Regierungskoalition zwischen SPÖ und ÖVP zu bilden, ist nach langen Verhandlungen am Nein des SPÖ-Vorstandes gescheitert. Die häßlichen Worte, die dabei gefallen sind, berechtigen zur Frage, was für ein Klima in letzter Zeit in dieser Regierung geherrscht haben mag.

Nach dem Scheitern dieser Koalitionsverhandlungen hat es folgende Möglichkeiten gegeben: Bildung einer Koalitionsregierung zwischen FPÖ einerseits und SPÖ oder ÖVP andererseits; Bildung einer Minderheitsregierung durch SPÖ oder Neuwahlen. Die Duldung einer Minderheitsregierung der SPÖ durch die ÖVP war nach Scheitern der Regierungsverhandlungen zwischen diesen beiden Parteien nicht anzunehmen.

Verhandlungen Klimas mit der FPÖ um Unterstützung seiner Minderheitsregierung, wie sie Kreisky 1970 erreicht hat, sind ohne Erfolg geblieben.

Neuwahlen hätten nach Meinungsbefragungen einen weiteren Stimmenzuwachs für die FPÖ gebracht. Die Bildung einer Koalitionsregierung zwischen ÖVP – diese stellt den Bundeskanzler – und der FPÖ, ohne Aufnahme Haider in die Regierung – seine verbale Un-

haben. Sie haben – den Anstiftern ist offenbar die Führung der aufgestachelten Menge entglitten – der Polizei Straßenschlächen geliefert und sie mit Steinen und Flaschen beworfen. Es hat zahlreiche Verletzte auch unter der Polizei gegeben. Bisher sind bei Demonstrationen Schäden von Millionen Schillingen entstanden. Eine tolle Toleranz-Demo? Duran ändert auch die relativ ruhig verlaufene Demonstration am Heldenplatz oder der „Faschingsumzug“ vor der Oper nichts.

Kein Naziland

Zuletzt haben sich derartige Szenen im Oktober 1950 (4. Lohn- und Preisabkommen) und einige Zeit später bei der Aufführung „Rommel, der Wüstenfuchs“ (im USA-Verleih) mit Duldung der russischen Besatzungsmacht ereignet. Bei uns Älteren erweckt dies traurige Erinnerungen an die blutigen Auseinandersetzungen vom 15.7.1927 (Justizpalastbrand). Alle diese Schädigungen Österreichs sind die (bedachten?) Folgen des Nichtverlössens der SPÖ, wie sein erzeit im Falle Waldheim (Kreisky: „Lernen Sie Ge-

schichte!“). Geben wir der Regierung Zeit sich zu bewähren, nichts könnte die Gefährdung des inneren Friedens rechtfertigen (Kardinal Schönborn, a.a.O.).

Uns, die als Widerstandskämpfer aus christlichem und bürgerlichem Lager gegen die Nationalsozialisten für die Freiheit Österreichs gekämpft und gelitten haben, geht es nur um Österreich, seine Unabhängigkeit und sein Wohlergehen. Wir glauben an dieses Österreich, das gerade in schwierigen Tagen immer wieder seine Bewährungsprobe bestanden und einen neuen Anfang gesetzt hat (Mock, a.a.O.). Wir stimmen Fritz Mälar zu, der in der „Färche“ (3.2.) in einem Offenen Brief an den israelischen Außenminister schreibt, Österreich ist kein Naziland, es wäre undemokratisch eineinviertel Millionen Wähler, die Haider die Stimme gegeben haben, von der politischen Arbeit auszuschließen. Wir Widerstandskämpfer wollen uns nicht mit einer paar Rechtspopulisten und Pörsendreschem in einen Topf werden lassen; das würde unserer Ehre widersprechen. In der Liebe zu Österreich soll uns niemand übertreffen! ■

Johannes Eidlitz

Kein Berchtesgaden zwei

Seit 1970, also seit 30 Jahren, steht zum ersten Mal wieder ein Politiker der Österreichischen Volkspartei, Wolfgang Schüssel, an der Spitze der Regierung.

Die Freiheitliche Partei ist in die Regierung einbezogen worden. Über die Frage, wie sehr sich die Sozialistische Partei selbst den Verlust der Regierungsteilnahme zuschreiben hat, berichtet der Artikel unseres Obmannes Präsident Jurasek. Die Partei des Jörg Haider, des viel beschimpften und selber viele beschimpfenden, viele Pörsen drohenden, bis zum 28. Febr. Führer der Freiheitlichen, hat nun einen Anteil an der Macht. Die Frage, wie ernst dem Jörg Haider der Rückzieher aus der offiziellen Parteiführung ist, behandeln wir in einem eigenen Artikel.

Viele unserer Kameradinnen und Kameraden aus den Reihen der Opfer des Nationalsozialismus und des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sind mit großer

Sorge erfüllt. Sie fürchten, es könnte eine Situation entstehen, wie 1938, als Schuschnigg zu Hitler nach Berchtesgaden fuhr.

Sorge erweckt auch der gewaltige Druck, der von den anderen vierzehn Europa Union Staaten auf Österreich ausgeübt wird, der freilich sich gerade gegen Haider richtet, aber weiterhin ganz Österreich trifft. Um darzulegen, wie es zu all dem gekommen ist, bedarf es ein wenig Geschichte zu betreiben.

Drei Blöcke

In der Ersten Republik hatten sich drei große politische Blöcke gebildet. Der Marxismus, vertreten zu 99 Prozent durch die Sozialdemokratie und zu einem ganz winzigen kleinen Teil durch die Kommunisten. Der zweite große Block war die Christlich Soziale Partei, die bürgerliche, katholische und bedingt liberale Grundsätze vertrat. Ihr Führer war der Prälat Ignaz Seipel, ein Mann voll Weisheit und Vorsicht. An dritter Stelle stand jene Gruppierung, die man früher schlecht hin als Großdeutsche bezeichnete und die sich aus den Liberalen der Vorkriegszeit entwickelt hatte. Daneben, eine sich später bildende Gruppierung aus bürgerlichen Kreisen, der Landbund. Großdeutsche Ideen gab es auch in der SPÖ und bei den Christlich Sozialen.

Als 1945 der Krieg zu Ende ging und der totale Zusammenbruch des Nationalsozialismus evident war, machten wir uns große Sorgen, ob



Die schwarz-blaue Koalition ist perfekt. Die Parteiführer Dr. Wolfgang Schüssel, am Bundeskanzler und Dr. Jörg Haider, Landeshauptmann von Kärnten, am Rathausplatz. Ihre Blicke scheinen in verschiedene Richtungen zu gehen.

► auch die großdeutsche Idee erfolgreich bekämpft werden könnte. Aber, oh Wunder, sie war verschwunden. Die Präsenz der „Piefkes“, der Krieg und die Bomben hatten dazu geführt. Man hatte den ehemaligen NS Mitgliedern das Wahlrecht genommen, als sie es wieder erhielten, fürchteten die Sozialisten, dies würde die ÖVP stärken. Deshalb half der

der zunächst die ÖVP die Mehrheit besaß und auch den Bundeskanzler stellte. Man muß nur an Leopold Figl, Julius Raab, Alfons Gorbach und Josef Klaus denken. Aber die Schwierigkeit, liberal-bürgerliche und katholische Vorstellungen mit Marxismus auf einen Nenner zu bringen, vertriebte die Politiker der Volkspartei immer mehr und

ren Nachkommen, der ging zu dieser neuen Partei. Etwas war den Sozialistischen Taktiken gelungen, sie hatten die bürgerliche Seite doch sehr geschwächt. Ab dem Jahr 1970 gab es keinen ÖVP Kanzler, sondern bis 1986 eine Sozialistische Vorherrschaft unter Kreisky, sogar in Koalition mit den Freiheitlichen bis zu Vranitzky.

Mögliche Koalitionen

1986 mußte die SPÖ wieder eine Koalition mit der ÖVP eingehen. Wer sich noch an jene Zeit zurück erinnert, weiß wie Alois Mock unglücklich war, bei der NR-Wahl eine Mehrheit verfehlte zu haben. Nun gab es in der ÖVP auch wieder genügend Stimmen, die daran erinnerten, daß zwischen 1919 und 1933 fast stets eine Koalition aus Christlich Sozialen und Großdeutschen regiert hatte, also eine Art Bürgerblock.

Denn der Volkspartei ist es auch bisher nicht gelungen, allein an Mandaten stärkste Partei zu werden, wie es Jahrzehnte der Fall gewesen war. Das große Geheimnis schien zu sein, wie viele Liberale es noch gab, die vielleicht zu der ÖVP zurückkehren würden, wenn sie mit der SPÖ brach. Aber wieder mit Hilfe der SPÖ wurde das „Liberale Forum“ gegründet, das weder der ÖVP Stimmen brachte, noch der FPÖ schadete. Der neue Obmann der Freiheitlichen Jörg Haider ist ein außerordentlich begabter Politiker, der sich der Menschen vergewisserte und jedem alles versprach und einmal ganz links, einmal rechts, einmal in der Mitte sich bewegte.

So war ein Ende der ewigen Rot-Schwarzen Koalition eben nur mit den Blauen als Partner möglich, auch wenn dort ein Haider das große Wort führte, auch wenn, von dort Töne manchmal kamen, die ganz „nazistisch“ klangen und die gewiß höchst unerwünscht waren.

Aber wie immer die Töne, man muß hinzufügen, daß bis-

her in der Freiheitlichen Partei niemals programmatisch großdeutsche Ansprüche laut geworden sind oder antisemitische Parolen zum Tragen kamen. Aber von Jörg Haider gibt es Aussprüche, die so klingen. Doch das war nicht die offizielle Parteilinie. So konnte also innerhalb der Führung der Volkspartei der Gedanke Anhang gewinnen, man müßte zur Überwindung der ewigen SP Vorherrschaft mit der FPÖ ein Koalitionsabkommen eingehen. Vielleicht käme es dann auch zu einer Rückkehr von Stimmen in das bürgerliche Lager. Eine Million Wähler gingen nicht zu den Urnen. Umgekehrt war nicht zu übersehen, daß gerade bei der letzten Wahl ein starker Zustrom an Arbeiterstimmen in das Freiheitliche Lager erfolgte.

Schock im Ausland

Die Einbeziehung der Anhänger Jörg Haider in eine von der ÖVP geführte Bundesregierung hat den Schock im Ausland ausgelöst. Der Verdacht liegt nahe, daß es sich dabei um eine konzentrierte sozialistische Aktion handelt, denn die meisten der vierzehn europäischen Regierungen werden sozialistisch geführt. Die große Empörung über das sogenannte Wiederaufkommen des Neonazismus in Österreich wird sich in jenem Maß legen, als die Regierung beweisen wird, daß sie keinerlei nazistische Tendenzen hat, sondern eine im wesentlichen von Christlich Sozialen und liberalen Gedanken bestimmte Politik betreibt.

Welche innenpolitischen Auswirkungen das alles hat, wird sich erst zeigen müssen. Gewiß tragen eine schwere Verantwortung jene Männer der Volkspartei, die in diesen Dingen die Feder geführt haben. Die Angst, es könnte zu einem Berchtesgaden Nummer II werden, wie jene Reise Schuschnigg zu Adolf Hitler im Jahr 1938, die ist wohl vollkommen unbegründet. ■



Eine Dame zum ersten Mal an zweiter Stelle in Österreichs Regierung. Die Freiheitliche Politikerin Frau Susanne Riess-Passer eine enge Vertraute von Jörg Haider in Kärnten, ist nun Vizekanzlerin, die aber Haider inzwischen den Parteivorsitz zurückgelegt hat, ist seine Stellvertreterin Dr. Riess-Passer automatisch mit der Führung der Partei betraut und wird dies auch durch einen demnächst abgehaltenen Parteitag ganz offiziell werden. Sie hat aber versichert völlig auf der Linie Jörg Haider zu stehen.

SP Innenminister bei der Gründung des Verbands der Unabhängigen, mit dem Ziel, eine mögliche bürgerliche Mehrheit zu verhindern. Doch der Zustrom von „Ehemaligen“ war dann von SPÖ und ÖVP ziemlich gleich groß. Aus dem VdU wurde später die Freiheitliche Partei, deren Aufschwung mit der Obmannschaft Jörg Haider 1986 begann.

Seit 1945 regierte eine Koalition aus ÖVP und SPÖ, in

so kam es, daß schließlich im Jahr 1986 die Koalition scheiterte. Mit Klaus kam dann eine monokolor ÖVP Regierung, die auch vier Jahre durchhielt.

Das Kabinett Kreisky, 1970 zunächst noch eine Minderheitsregierung der SPÖ, stützte sich aber auf die Freiheitlichen. Wer 1945 von den Strafmaßnahmen gegen Nationalsozialisten betroffen worden war und vielfach de-

Dr. Ludwig Steiner

Beispielloser Eingriff

Dr. Ludwig Steiner, Staatssekretär a.D. und Botschafter i.R., einer unserer aktivsten Mitarbeiter, hat sich in Sachen der Österreich angeordneten Sanktionen in einem Schreiben an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Wolfgang Ischinger gewendet. Seine Ausführungen sind so interessant, daß wir unsern Lesern einige Auszüge aus diesem Schreiben vorlegen möchten. So schrieb er etwa:

Die Vorgangsweise von vierzehn Mitgliedsstaaten der EU gegen Österreich ist ein für einen österreichischen Patrioten nicht zu akzeptierender beispielloser Eingriff in die demokratische Struktur und die noch immer gültige Souveränität unseres Landes. Besonders empörend ist dies für jemand, der sich vehement in seiner ganzen beruflichen und politischen Laufbahn für die Integrationsbestrebungen Europas, für die Grundsätze des Europa Rates und der Europäischen Union über Jahrzehnte eingesetzt und diese auch praktiziert hat. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Ihr Ministerium ist erst sein einziger Zeit wieder in Berlin und schon droht man mit einer Maßnahme gegen Österreich, die an das Jahr 1933 erinnert.“

Die Reichsregierung verhängte danach die sogenannte „1000 Mark Sperre“ gegen Österreich.

Die Nationalsozialisten haben mit dieser Maßnahme den für die österreichische Wirtschaft so wichtigen Tourismus nachhaltig geschädigt. Ein dramatischer Anstieg der Zahl der Arbeitslosen war die Folge und daher auch eine folgenschwere Stärkung der österreichischen Nationalsozialisten.

Wenn es die feste Absicht ist, antidemokratische Kräfte in Österreich zu stärken, dann sind alle Mittel richtig mit denen man von außen her die österreichische Wirtschaft schädigt. Mir scheint, das ist leicht einzusehen. Es ist doch wohl auch klar, dass es nicht sehr weise ist, die Wirtschaftskraft eines Mitgliedsstaates (Nettozahler) der Union zu un-

tergraben, da dies bekanntlich Folgen für den gesamten Euro-Raum haben müsste.

Auch jede politische Kampagne gegen Österreich bringt wirtschaftliche Schädigungen mit sich – und das ist gut für die EU ?? Hat die EU zu wenig Probleme, weil sie sich neue schafft??

Oder will man, dass Österreich die gleichen Prozent-

rungen wach, so hat unter anderem der damalige Reichsaussenminister 1936 der österreichischen Bundesregierung austreten lassen, welche Minister sie in die Regierung aufzunehmen hat und wer dort nichts zu suchen hat. Es war gerade die österreichische Linke die bei der Vereinigung Deutschland die angebliche Gefahr nan beginnender deun-



zahlen an Arbeitslosen erreicht wie die tödlichen Bundesländer Deutschlands?

Dass EU Staaten darauf aus sind, die Wirtschaft eines der Mitgliedsstaaten zu schädigen der sich gegenüber der EU überhaupt nichts zu Schulden kommen hat lassen, das muss jeder mit eigenen Worten beurteilen, um nicht Empfindsamkeiten zu verletzen – auf unsere Empfindsamkeiten brauchen ja Großstaaten keine Rücksicht nehmen...!

Die Einmischung der deutschen Aussenpolitik in österreichischen Angelegenheiten, raft leider weitere Erinne-

scher Einmischungen in Österreich in verrückter Weise an die Wand gemalt hat.

Es ist ein eigenartiger, recht klarer Fall von einem modernen Aufwuchs von Sippenhaftung, wenn die gesamte Bevölkerung Österreichs mit Maßnahmen bedroht werden soll, die ihre wirtschaftliche Existenz gefährden müssen, nur weil ein Teil der Bevölkerung gewagt hat bei einer demokratischen Wahl ihre Stimme nicht im Sinne der rot-grünen Koalition in Berlin abzugeben. Es genügt also: – man braucht nur einen österreichischen Pass in der

Tasche zu haben und schon wird die Sippenhaftung schlagend.

Mit all diesen ungerechtfertigten Maßnahmen gegen Österreich, die auf keinerlei Fakten der Verletzung von Vorschriften der Europäischen Union fußen, werden meiner Erfahrung und Überzeugung nach keinerlei Vorteile für die so notwendige Weiterentwicklung der Innenstruktur der Europäischen Union zu erreichen sein, – ganz im Gegenteil. Sehr vielen Gesprächen mit Persönlichkeiten aus kleineren Staaten ist ganz klar die Sorge zu entnehmen über diese Art des Umgangs mit einem kleineren Staat der Union. Auch Beispiele können überzeugen.

Die österreichische Volkspartei, zu deren Gründern im Mai 1945 im Bundesland Tirol ich gehöre, hat alle Anstrengungen unternommen um mit den Sozialdemokraten zu einer Koalitionsregierung zu kommen. Dies ist trotz bestem Willen nicht gelungen. Gerade meine Landespartei hat sich mit Nachdruck für eine Koalition SPÖ-ÖVP eingesetzt, sie musste aber einsehen, dass keine handlungsfähige Regierung mit der SPÖ möglich war. Vor allem wäre es unmöglich gewesen in der Konstellation SPÖ-ÖVP die EURO-Kriterien aufrecht zu erhalten und den Staatshaushalt zu sanieren.

Ich bitte Sie, diese Zeilen als ein Signal eines überzeugten, allerdings sehr besorgten Europäers zu nehmen, der gerne mithelfen möchte, daß bald wieder Vernunft die Oberhand gewinnt und die Emotionen abgebaut werden. Damit es wiederum zu einem realitätsbezogenen Dialog zwischen gleichberechtigten Demokraten kommen kann. Es ist meine Überzeugung, daß es nicht Drohungen, nicht auf Wortgefechte, nicht auf Verdächtigungen und nicht auf Vorurteile ankommt, sondern auf eine kraftvolle realistische Arbeit für ein friedliches Europa. ■

Johannes Eidlitz

Freiheitliche ohne oder mit Haider?

Die Überraschung vom 28. Februar war wohl der Rücktritt von Jörg Haider als Parteichef der Freiheitlichen Partei. Zweifellos hatte er Anfang Februar einen der größten Erfolge seines Lebens erzielt, wenn nicht überhaupt den größten. Er hatte einen Koalitionspakt mit der Österreichischen Volkspartei abgeschlossen und es kamen fünf Minister in die Bundesregierung, darunter auch Frau Riess-Passer als Vizekanzlerin, jetzt Parteichef.

Wir haben an anderer Stelle schon darüber geschrieben, daß möglicherweise eine konzentrierte Aktion von sozialistischer Seite bei den zumeist auch sozialistisch regierten vierzehn Europa/Union Regierungen diese Aufregung verursacht hat. Was steckt dahinter? Es ist nicht zu übersehen, daß wie manche sehr kluge ausländische Journalisten oder auch Gelehrte auseinanderzusetzen haben, das Ausland ein völlig anderes Bild von Österreich besitzt, als die Österreicher selbst.

Während wir mit uns trotz vieler Schimpferei und vielem Geknurre doch recht zufrieden sind und glauben, daß alles in Ordnung gekommen sei seit 1945, sind es Ausländer sehr häufig nicht. Dort sieht man gar nicht die Entwicklung, die das Land in diesen 55 Jahren genommen hat, sondern man sieht immer nur noch die Gestalt Adolf Hitlers, des Mannes aus dem österreichischen Braunau und man hört immer noch das Jubelgeschrei Hunderttausender bei seinem Einzug in Österreich. Daß es den Widerstand gegeben hat, daß Tausende Österreicher unter den Nazis verbluteten, daß inzwischen eine harte Abrechnung mit dem Nationalsozialismus erfolgt ist, daß 1945 und danach viele ehemalige nationalsozialistische Funktionäre vor Gericht gestellt und bestraft worden sind, für Taten die sie in der Hitlerzeit begangen haben, dafür hat man im Ausland erstaunlicher Weise kaum ein Gefühl.

Man weiß auch gar nicht, daß anfänglich in Österreich den Nationalsozialisten das Wahlrecht entzogen worden ist und man weiß auch nicht wie vielen Tausenden, ja Zehntausenden ehemaligen Nazis ihre Positionen oder sogar auch ihre Geschäfte weggenommen wurden. Freilich wird man hier auch hinzufügen müssen, abgesehen von einer fanatisierten großdeutschen Begeisterung, die es im Jahr 1938 gab, hatten viele Menschen in Österreich aus reinen Opportunitätsgründen sich der NSDAP angeschlossen und gedacht, daß ihnen dann der Dank des Hauses Hitler zuteil würde. Das hat sich in Positionen und Geschäften und vielerlei anderen Formen der Bevorzugung vor allem bei den „Arisierungen“ gezeigt.

Nun darf man mehr als ein halbes Jahrhundert später sich auch wieder nicht wundern, daß viele Nachkommen dieser ehemaligen Nazis, zwar kaum

mehr Nationalsozialisten sind. Aber es gibt doch ein gewisses Nachleben, ein gewisses Verhängnis und Unzufriedenheit sein, abgesehen davon, daß das österreichische Eigenschaft sind, so wird es doch deutlich in der Haltung gegenüber der lange Jahre dauernden Herrschaft der Volkspartei und der Sozialisten, ob sie nun in Koalition gearbeitet haben, wie von 1945 bis 1966 oder von 1986 bis dato. Daher rekrutiert sich ein großer Teil der Anhängerschaft des Jörg Haider und daß man an allen Ärgernissen und Mißständen in Österreich der jeweiligen Regierung die Schuld gibt, das ist wohl auch klar.

Stets im Schußfeld

Was nun Haider selbst betrifft, so hat er wahrscheinlich einen der geschicktesten Schachzüge seiner Laufbahn gesetzt. Er ist sich, wenn auch sehr spät, klar darüber geworden, daß die Angriffe aus dem

Ausland gegen Österreich in der Hauptsache seiner Person gelten, daß man sich im Ausland davon, was seine Partei tatsächlich ist, kaum eine Vorstellung macht, aber sehr wohl die Person Jörg Haider im Schußfeld hat, auch wenn jetzt andere Töne angestimmt werden.

Dafür hat er ja genug Anlaß gegeben, denn es ist ja so, daß er fast jede Woche, eine brandheiße Erklärung abgibt, die er dann später wieder zurücknimmt und wieder mildert, aber die trotzdem im Raum steht und vor allem auch immer wiederholt wird. Wenn er vor SS Veteranen spricht oder von der negativen Wirkung des Euro redet oder gar von der Mißgeburts einer Österreichischen Nation, muß man ihn das alles anrechnen. So sieht ein guter Teil zumindest der ausländischen Politik und Presse in Haider eben einen winzig kleinen, neuen Hitler. Wer ihn näher kennt, weiß freilich, daß er das gewiß nicht ist. Was er wirklich ist, ein ungeheuer ehrgeiziger, sehr geschickter und wendiger Politiker, der auch jetzt nach seinem Rücktritt als Parteichefmann sicherlich weiter alle Fäden in der Hand behalten wird, eben nun von seinem Sessel als Landeshauptmann in Klagenfurt aus und der darüber hinaus auch selbst schon angemeldet hat, bei der nächsten Nationalratswahl wieder anzutreten, um Bundeskanzler zu werden. So haben wir eine spannende Zeit vor uns.



Der Mann, der die Überraschungen liebt.

Mock: SPÖ blickt nach rückwärts

In einem Schreiben an unseren Obmann Dr. Jurasek hat sich Dr. Alois Mock, ehemaliger ÖVP-Bundesparteiobmann und Vizekanzler wie folgt geäußert:

Durch Jahrzehnte hindurch waren die österreichischen Wählerentscheidungen im Normalfall klar und nachvollziehbar. Die Regierungshauptverantwortung wurde jeweils einer der beiden Großparteien übertragen, wobei die sozialistische Partei die Möglichkeit einer engen Zusammenarbeit mit der FPÖ in einer stillen oder auch offiziellen Koalition immer dann in Anspruch nahm, wenn es darum ging, ihren Machtseinfluß abzusichern.

Dies war erstmals 1949 der Fall, als die SPÖ, vor allem der sozialistische Innenminister Helmer, die Gründung der VDU, den Verband der Unabhängigen (die Vorgängerpartei der heutigen FPÖ) unterstützte, um die absolute Mehrheit der ÖVP durch Errichtung einer zweiten, nicht sozialistischen Partei zu brechen. 1961 versuchte der sozialistische ÖGB-Präsident und Innenminister Olah mit ähnlichen Mitteln eine kleine Koalition zu installieren. 1970 schloß Bundeskanzler Dr. Kreisky zur Sicherung der SPÖ-Mehrheit im Parlament einen Pakt mit der FPÖ. 1983, als Dr. Kreisky die absolute Mehrheit verlor, kam es zu einer offiziellen Koalition zwischen SPÖ und FPÖ, um noch einmal der SPÖ die Macht zu erhalten.

Am 3. Oktober 1999 hat der Wähler anders entschieden. Statt auf zwei Großparteien wurden die Stimmen auf drei Mittelparteien verteilt. Dahinter steht aber mehr als ein mathematisches Exempel. Der Wähler hat den Auftrag zu einer echten Strukturänderung, einem Kurswechsel gegeben. Daher war es richtig, zunächst in Sondierungsgesprächen und inhaltliche Zukunftsgespräche einzutreten und erst danach

eine Regierungsbildung in Angriff zu nehmen.

Anstatt neue Problemlösungen anzudenken, hat die SPÖ in ihrem Positionspapier auf altes sozialistisches Gedankengut zurückgegriffen. Dabei mußte sich die Sozialdemokratie in den letzten Jahren schrittweise im programmatischen Bereich von ihren Gründungsprinzipien (Klassenkampf, Verstaatlichung aller Produktionsmittel, zentrale Verwaltungswirtschaft, staatliche Institutionslenkung) verabschieden und auch schon offiziell zu dem von uns vertretenen Ordnungsmodell der ökosozialen Marktwirtschaft bekennen. Es ist interessant, wie sehr gerade die bei den letzten Wahlen erfolgreichen sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Großbritannien nicht einmal mehr das Wort Sozialdemokratie in ihren Wahlaufträgen verwendeten. Auch wenn Personen und konkrete Problemlösungen mit Recht in Vordergrund politischer Willenbildung stehen, so haben doch Grundsätze und Wertvorstellungen einer politischen Gemeinschaft langfristig prägenden Einfluß auf die aktuelle Politik.

ÖVP als wahre Volkspartei

Es ist daher auch wichtig, daß die Volkspartei nicht nur ihren Charakter als breite Volks-Partei behält, sondern auch ihre Politik nach weltanschaulich fundierten Grundsätzen und nicht nach kurzzeitigen Opportunitäten ausrichtet.

Meine Überzeugung von der Notwendigkeit klar profilierter Kriterien und Zielsetzungen wird gestützt durch die Überzeugung, daß Österreich als Mitglied der Europäischen Union „drinnen“ mehr Ge-

staltungskraft hat, als würden wir draußen vor der Tür als Bittsteller stehen.

Die Umwandlung Europas von einem Kontinent der Kriege zu einem Kontinent des Friedens erfolgt am besten durch Integration, durch Zusammenarbeit und ein Zusammenwachsen, das vor den Grenzen nicht halt macht.

Ich habe in der Zeit meiner aktiven Politik viele Freundschaften erlebt und darf mich über mangelnde Solidarität in keiner Weise beklagen. Auch wenn es manche kritische Anmerkung zu meiner Politik gab, wie dies der Natur der Demokratie entspricht, so hatte ich immer Grund, Optimist zu sein. Positives Den-

ken soll uns auch in Zukunft begleiten. Wir haben keinen Grund zur Überheblichkeit, aber ich war immer überzeugt und wurde darin immer wieder bestätigt, daß die Österreicher besser sind als sie selbst glauben.

Von diesem Gedanken war ich auch während der Zeit der schwierigen Verhandlungen über den EU-Beitrittsvertrag geleitet. Verlässlichkeit, konstruktives Denken und Handeln, Gesprächsfähigkeit, aber auch die Anpassungsfähigkeit an neue Entwicklungen und Strukturen sowie eine klare Hierarchie von Werten, sind Eckpfeiler für eine erfolgreiche Politik im nächsten Jahrhundert bzw. Jahrtausend. ■

Weder Demokraten noch Patrioten

Wie schon an anderer Stelle gesagt, haben sich zahlreiche Kameraden unserer Organisation, zutiefst besorgt über die Vorgänge rund um die Bildung der neuen Regierung und die Einbeziehung der Freiheitlichen in diese geäußert. So unter anderem Dr. Herbert Crammer, ein in unseren Reihen wohlbekannter und wohlgeleiteter Kamerad. Er schreibt: „Als Widerstandskämpfer gegen Hitler und Kenner der Geschichte, vergleiche ich das von den EU Staaten gezeigte Verhalten mit der Erpressung Österreichs durch eben den selben Adolf Hitler. Es fehlt lediglich die militärische Komponente. Ein weiterer Vergleich mit der sogenannten Breschnjew Doktrin drängt sich auf.“

Dr. Crammer schreibt dann weiter: „Auch diesmal ist es offensichtlich, daß es wieder

Österreicher waren, noch dazu in höchsten Funktionen, die den in Frage stehenden Erpressungsversuch zumindest erleichterten, ihm jedenfalls nicht hinreichend entgegengetreten sind. Das alles macht die Sache nur noch schlimmer, man denke an die Causa Waldheim. Die ersten linksextremen Folgen haben wir schon, siehe die diversen Demonstrationen, miterlebt. Dies sind Meinungen eines alten Nazi-gegnere, der wohl nicht mit der Faschismus-Keele oder dem Ekel-Moralismus unserer heutigen Gutmenschen niederschlagen werden kann.“ Und Dr. Crammer fügt am Schluß hinzu: „In meiner Jugend hieß es die einen waren Patrioten und keine Demokraten, die anderen Demokraten aber keine Patrioten. Heute stelle ich fest, die anderen sind heute weder Patrioten noch Demokraten.“ ■

Menschen zweiter Klasse?

Unter dem Titel „Hakenkreuzzug“ hat Fritz P. Molden, einer der international anerkannten und führenden Widerstandskämpfer Österreichs, einen Artikel in der Zeitschrift „Profil“ veröffentlicht. Darin schreibt er unter anderem:

Nach Schweden, Türkei, Persien, Napoleon, Nazi-Deutschland, Adolf Hitler, sowie der Sowjet-Beatzung sollte es, so scheint mir, hier in Österreich gelingen auch noch die Sanktionen der vierzehn EU-Staaten zu überleben. Aber sehr nachteilig, ja traurig stimmen muß es uns doch, wenn so viele jener, die gestern noch Freunde, ja Familienmitglieder in der Europäischen Gemeinschaft waren, jetzt buchstäblich über Nacht zu Feinden wurden. Denn Präsident Chirac sagt nicht die Wahrheit, wenn er erklärt, seine Attacke richte sich keineswegs gegen Österreich und dessen Bürger, sondern bloß gegen den Rechtsradikalen Jörg Haider und seine Parteifreunde. Im Gegenteil, die Strafmaßnahmen treffen per saldo das ganze Land und alle seine Bewohner. Die Nabelschnur von Österreich in die Gemeinschaft wird zerschnitten. Wann kommt der Vivatszwang für Österreicher, die nach Europa reisen wollen? Die Österreicher müssen sich zunehmend als halbkriminelle Menschen zweiter Klasse betrachten, denn alle Kontakte kultureller Art, im Sport, in der Wirtschaft, ja selbst die Beziehungen von Mensch zu Mensch sollen sistiert werden.

Wem nützt das?

Chirac und seine erzürnten belgisch-italienischen Kollegen bis zu dem uns mit strengem Oberlehrer-Finger behandelnden deutschen Außenminister Joschka Fischer, die an der Spitze des „Hakenkreuzzuges“ gegen Österreich stehen, hoffen zugeständenermaßen, dass ihre Strafaktionen wie in schönen alten Kolonialzeiten in Afrika oder

Indochina den Betroffenen auch richtig wehtun. Der Einzige allerdings, dem diese Paria-Politik gegen Österreich sicher nützt, ist Jörg Haider. Denn viele Österreicher werden aufgrund der EU-Strafaktionen – ob es uns nun passt oder nicht – gerade jetzt Haider weitere Sympathien und damit Stimmen beigen.

Zwangsweise Neuwahlen

Die um Chirac gescharte Gruppe will offenbar erreichen, Österreich so lange durch politische und kulturelle Isolation sowie durch wirtschaftlichen Boykott in die Knie zu zwingen, bis es nachgibt und die FPÖ aus der Regierung entfernt wird. Das wäre – von der demokratiepolitischen Absurdität dieser Forderung ganz abgesehen – nur dann möglich, wenn Kanzler Schüssel den Koalitionsvertrag mit der FPÖ aufkündigt und/oder zurücktritt. Das wiederum heißt zwangsweise Neuwahlen. Denn die SPÖ hat sich durch die Ereignisse der letzten Monate im Augenblick wohl jeder „Koalitionsfähigkeit“ selbst entzogen. Neuwahlen aber würden unter dem Druck arroganter EU-Strafaktionen die FPÖ wohl zur stärksten Kraft im Parlament machen. Damit gehen wir zurück zu Feld eins dieses grausamen Spiels.

Was wollen unsere „Freunde“ in Paris, Brüssel, Berlin und Rom mit dieser Politik erreichen? Wollen sie nicht primäro loco von einigen peinlichen Tatsachen in ihren eigenen Häusern ablenken? Etwa, dass in Paris noch immer Kommunisten in der Regierung sitzen, deren Partei sich nie wirklich vom Stali-

nismus distanziert hat? Oder vom Faktum, dass sich in Belgien gerade jetzt ein starker rechtsextremistischer Wahlblock konstituiert? Vielleicht auch davon, dass in Italien, von der EU völlig unbestraft, jahrelang neofaschistische Minister im Kabinett saßen.

Wenn ich mich daran erinnere, dass ich 1938 bis 1945 die Ehre hatte, mit gleich gesinnten, jungen Europäern in Gefängnissen und Strafbatalionen des Nazi-Regimes, aber auch in Partisanen-Brigaden gegen den Faschismus und für die Freiheit zu kämpfen, dann muss ich mich heute leider fragen, ob die europäische Realität, in der wir jetzt leben, noch irgendetwas mit jenem offenen, brüderlichen und zukunftsreichen Europa gemeinsam hat, für das wir damals angetreten sind. ■

Landesverband Steiermark

Die ordentliche Generalversammlung der ÖVP Kameradschaft der Politisch Verfolgten und Bekennern für Österreich wurde am Samstag, dem 4.12.1999 abgehalten.

Gewählt wurden

Obmann:
Bundesrat KoR Alfred Gerstl, 8010 Graz, Baumschulgasse 17a

Obmannstellvertreter
Univ.-Prof. Dr. Karl Albrecht v. Kubitzky, 8010 Graz, Neutorgasse 42

Kassier:
Gzmk Gerhard, 8010 Graz, Jauerberggasse 8

Kassierstellvertreter:
Dr. Alois Schöllauf, 8010 Graz, Peterstalstraße 1

Kassenprüfer:
Frank Herbert, 8330 Feldbach, Flurgasse 14
Reg. Rat Franz Kelbtsch, 8010 Graz, Wilhelm Raabgasse 11

Schriftführer:
Dr. Ewald Gottl, Notariat, 8490 Bad Radkersburg

Schiedsgericht:
Mag. Wolfgang Schwarz, 8010 Graz, Steingrabenweg 19
Papouschek Anselma, 8321 St. Margarethen a.d.R.
Dr. Herbert Mars, Ressmannstr. 8, 8580 Köflach

Beiräte:
Ing. Hanns Jörl, 8010 Graz, Hochsteingasse 46
Osp. Josef Klein, 8344 Bad Gleichenberg 186
Guggerberger Alois, 8010 Graz, Haardackerstraße 17
Spielmann Helmut, 8554 Arnfeld 163
Pirner Erna, Bogengasse 16, 8570 Voitsberg

Buchbesprechung

Nazismus im „Ländle“

Noch im August 1945 hatte die französische Militärverwaltung in Vorarlberg den Landesrat, die Bürgermeister, Pfarrer und Gendarmerie-Kommandanten der Gemeinden des „Ländles“ aufgefordert einen Bericht über den geschichtlichen Ablauf des Nationalsozialismus und der Befreiung durch die Alliierten vorzulegen. Diese Berichte sind nun in einem Buch unter dem Titel „NS-Herrschaft am Land 1938 – 1945“ in den Selbstdarstellungen der Vorarlberger Gemeinden des Bezirkes Bregenz zusammengefaßt und herausgegeben worden, erschienen 1999 im Roderer Verlag in Regensburg. Dort heißt es:

Die Berichte der 46 betroffenen Gemeinden geben Auskunft über den Beginn der NS-Bewegung, die Aktivitäten der illegalen Nationalsozialisten, die Ereignisse des März 1938, weiters die Etablierung der NS-Verwaltung, den Alltag der NS-Herrschaft und lokale Widerstandsgruppen gegen das NS-Regime.

Nach einem Bericht der Gemeinde Lingenau ist von den Nationalsozialisten nach der Ermordung von Bundeskanzler Dr. Dollfuß im Juli 1934 das Gericht ausgestreut worden, Dr. Dollfuß sei nicht von den Nationalsozialisten sondern von seinen eigenen Leuten ermordet worden, damit Österreich endlich befreit werden könne.

Geplantes Gemetzel

Es wird berichtet, daß früher als sonst, nämlich schon um vier Uhr früh des 12.3.1938 deutsche Truppen einmarschiert wären.

Schon bald nach dem Einmarsch hätten die Nationalsozialisten Stellung gegen die Kirche genommen, dies u.a. mit dem Hinweis, sie würden das Christentum gegen den Bolschewismus schützen.

Wesentliche Widerstände habe es erst im Frühjahr 1945 gegeben, als es laut Bericht der Gemeinde Mittelberg einem gut organisierten Spitzeldienst gelungen sei, von Offizieren der Wehrmacht und SS Nachrichten über geplante Aktionen zu erhalten. Es konnten

die Gefährdeten zum Teil verständig und in Sicherheit gebracht werden. Durch das Stichwort „Feiernabend“ habe ein Gemetzel unter den „Schwarzen“ ausgelöst werden sollen.

Neutralitätsverletzung

Auch in Vorarlberg seien Bomben gefallen, wobei die angreifenden alliierten Flieger über die Schweiz unter der Verletzung deren Neutralität eingeflogen seien. In den letzten Kriegstagen sei es wiederholt

zu Brückensprengungen gekommen, manche von ihnen hätten, wenn auch unter Opfern, verhindert werden können. Einberufungen zum Volkssturm seien vielfach nicht mehr befolgt worden, in manchen Gemeinden hätten noch SS-Standgerichte gewütet. Versprengte SS-Einheiten hätten auch noch nach dem Waffenstillstand gekämpft, so z.B. sei in den Tagen vom 15. bis 18. Mai 1945 eine französische Patrouille von versprengten SS-Leuten auf der Gräsalpe bei Au Schoppenau beschossen worden.

Aufschlußreich sind auch die beigefügten Übersichten und Tabellen u. a. mit den Ergebnissen der Abstimmung vom 10.4.1938 und den politischen Funktionären vor und nach dem März 1938. Die historischen Ausführungen über Österreich zwischen 1934 und 1938 und über die Vaterländische Front werden von den Zeithistorikern eher unter einem linken Blickwinkel gesehen.

Am Donnerstag, dem 9. März 2000 hat um 18 Uhr die ÖVP Kameradschaft der Politisch Verfolgten und Widerstandskämpfer, eine Messe in St. Michael 1010 Wien, Habsburgergasse 12 abgehalten, die dem Gedenken an alle jene Kameraden, die für Österreich ihr Leben hingegeben haben, oder inzwischen verstorben sind, gewidmet war. Wir konnten für zahlreiche Teilnahme danken.

Jubilare

Nachstehend Namen unserer Mitglieder, die 2000 halbrunde und runde Geburtstage feiern:

Jänner – März 2000

ÖSchR, Gertraud Jedliczka	31.1.1920	80 Jahre
---------------------------	-----------	----------

April – Juni 2000

Anna Birk	1.4.1920	80 Jahre
Johanna Chortulansky	6.4.1920	80 Jahre
Öhmar Burlan	26.4.1925	75 Jahre
Dr. Gottfried Dinal	28.4.1910	90 Jahre
Dr. Hubert Junasek	4.5.1920	80 Jahre

Juli – September 2000

Kom.Rat August Aichhorn	24.7.1910	90 Jahre
Ingrid Franz	29.7.1920	80 Jahre
Jole Brunet	29.9.1920	80 Jahre
Johannes Eiditz	27.9.1920	80 Jahre
Dr. Gerhard Kastelic	30.9.1940	60 Jahre

Oktober – Dezember 2000

ÖSchR, Dr. Josefa Breuer	15.11.1920	80 Jahre
Hermine Reich	1.12.1920	80 Jahre

Ing. Josef Jaritz gestorben

Am 8. Dezember 1999 ist Kamerad Reg.Rat. i.R. Ing. Josef Jaritz in Klagenfurt auf dem Weg in die Kirche zur Hl. Messe von einem Auto niedergestoßen worden und an den Folgen dieses Unfalles verstorben.

Kam.Reg.Rat i.R. Josef Jaritz, am 28.2.1904 geboren, ist seit seiner frühesten Jugend aktiv in verschiedenen uns nahestehenden Organisationen und Verbänden tätig gewesen. Wegen seines Einsatzes für seine geliebte Heimat Österreich ist er bereits am 13.3.1938 von den Nationalsozialisten verhaftet worden und längere Zeit eingesperrt gewesen. Danach aus seinem Dienstverhältnis (leitender Beamter bei der Post) entlassen, ist er bald zur Deutschen Wehrmacht einberufen worden und war den ganzen Krieg an den verschiedensten Fronten eingesetzt.

Nach Kriegsende in die Heimat zurückgekehrt, gehörte er seit Beginn unserer Kärntner Organisation an, davon viele Jahre bis zu seinem Tod an leitender Stelle (Obmann-Stellvertreter).

Wir danken Kam. Jaritz für seinen Einsatz und seine unermüdete Tätigkeit für Österreich und seine Kameraden und bitten den Herrn, er möge ihm im Jenseits vergelten, was er Gutes für uns getan hat.

Wir wollen ihm ein gutes Andenken bewahren; unsere Anteilnahme gilt seinen Hinterbliebenen.

*Ihm zum letzten Mal
Österreich!
Die Landesgruppe
Kärnten*

Opferfürsorge

Versorgungsleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 2000

Unterhaltsrente für Opfer (auch Maßbetrag bzw. Einkommensgrenze)

1. Alleinstehende	S 11.330,-
2. Verheiratete bzw. Lebensgefährten (Lebensgefährtin)	S 14.639,-
Erhöhung des Maßbetrages für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag gebührt	S 447,-
Erziehungsbeitrag	S 894,-
Unterhaltsrente für Hinterbliebene (auch Maßbetrag bzw. Einkommensgrenze)	S 10.240,-
Beihilfen (für Witwen, Lebensgefährtinnen, Waisen, Witwer und Lebensgefährten)	S 10.567,-
Einkommensgrenze (Maßbetrag) für Beihilfen	S 11.743,-
Mindestbeihilfe	S 70,-
Hinterbliebenenrente (Witwen, Lebensgefährtinnen, Witwer, Lebensgefährten) (Waisen, Elternteile)	S 2.255,-
Elternteilerente	S 2.979,-
Dätzschuß I. Stufe	S 351,-
II. Stufe	S 706,-
III. Stufe	S 1.060,-
Sterbegeld: Höchstausmaß:	S 13.151,-
Mindestausmaß:	S 7.885,-
anrechenbar höchstens	S 5.266,-

Opferrenten (Grundrenten) ab 1.1.1999.

MdE	Opferrente	ab 65. Lebensjahr zusätzliche Haftrente	insgesamt
30 %	S 1.127,-	S 527,-	S 1.654,-
40 %	S 1.691,-	S 527,-	S 2.218,-
50 %	S 2.255,-	S 527,-	S 2.782,-
60 %	S 2.819,-	S 527,-	S 3.346,-
70 %	S 3.382,-	S 527,-	S 3.909,-
80 %	S 4.510,-	S 527,-	S 5.037,-
90/100 %	S 5.637,-	S 527,-	S 6.164,-

Ahnerszulage S 231,-

Dieselbe wird an Opferrenten-Bezieher ab 50 %, bei Frauen ab dem 55. Lebensjahr, bei Männern ab dem 60. Lebensjahr, gewährt. Ab dem 65. Lebensjahr wird dann an Bezieher ab einer 50%igen Opferrente die Ahnerschwerwerniszulage zuerkannt, womit die Ahnerszulage von monatlich S 231,- entfällt.

Ahnerschwerwerniszulage ab 1.1.2000

Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE)

Ab Vollendung des	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100 v. H.
65. Lebensjahres	S 252,-	422,-	511,-	676,-	844,-
70. Lebensjahres	S 512,-	843,-	957,-	1.130,-	1.353,-
75. Lebensjahres	S 932,-	1.269,-	1.412,-	1.576,-	1.748,-
80. Lebensjahres	S 1.353,-	1.694,-	1.862,-	2.031,-	2.200,-

Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 2000

Einige Leistungen der Opferfürsorge sind von der Höhe des Einkommens der Anspruchswerber abhängig. Bei Anspruchswerbern, die verheiratet sind oder in einer Lebensgemeinschaft leben, ist auch das Einkommen des Ehegatten (der Ehegatin) bzw. des Lebensgefährten (der Lebensgefährtin) zu berücksichtigen.

Bezieher von Unterhaltsrenten, Teilerhaltsrenten und Witwenbeihilfen werden ab **1.1.2000** eine Erhöhung aller Rentenleistungen und Zulagen aus der Opferfürsorge erhalten.

Alle jene, deren Einkommen geringer ist als die erhöhte Unterhaltsrente (Witwenbeihilfe), haben nun Anspruch auf eine entsprechende Teilerhaltsrente oder Witwenbeihilfe.

Eine **Unterhaltsrente** (Teilerhaltsrente) kann demnach von **alleinstehenden Opfern** beansprucht werden, wenn oder insoweit ihr monatliches Nettoeinkommen geringer ist als

S 11.390,-

(wenn **keine** Opferrente besteht – Maßbetrag der Unterhaltsrente)

S 11.743,-

Opfer, Inhaber einer Amtsbescheinigung, die verheiratet sind oder eine Lebensgefährtin (Lebensgefährten) haben, können eine Unterhaltsrente bzw. Teilerhaltsrente beanspruchen, wenn ihr monatliches Einkommen (netto) geringer ist als

S 14.639,-

Allerdings werden 30% des Nettoeinkommens der Ehegatin (des Ehegatten) bzw. Lebensgefährtin (Lebensgefährten) in Anrechnung gebracht.

Hinterbliebene können eine Unterhaltsrente (Teilerhaltsrente) beanspruchen, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als

S 10.240,-

Hinterbliebene nach Inhabern einer Amtsbescheinigung, auf die die gesetzlichen Voraussetzungen für die Gewährung einer Unterhaltsrente (Teilerhaltsrente) nicht zutreffen, haben Anspruch auf eine **Beihilfe**, wenn ihr monatliches Einkommen geringer ist als

S 11.743,-

Die Beihilfe selbst kann höchstens nur

S 10.567,-

betragen, mindestens jedoch

S 70,-

Die Einkommensgrenzen (interne Richtlinien) für die Gewährung einer einmaligen Aushilfe aus dem Ausgleichsstaatsfond betragen ab **1.1.2000**

für alleinstehende Personen

S 12.295,-

für Ehepaare (Lebensgefährten)

S 18.327,-

zusätzlich je Kind

S 3.624,-

Die Einkommensgrenzen für übersetzungsmäßige Leistungen aus der Heilfürsorge gemäß § 12 Abs. 4 OFG betragen

S 17.479,-

für alleinstehende Personen

S 22.307,-

für Ehepaare (Lebensgefährten)

S 3.624,-

zusätzlich je Kind

(Anspruchsberechtigt sind Amtsbescheinigungs- und Opferausweisinhaber sowie Personen, die eine Rentenleistung aus der Opferfürsorge beziehen.) Originalrechnungen und Nachweis über Bezahlung der Rechnung unbedingt erforderlich. Gilt auch für Kur- und Erholungsaufenthalt.

Einmalige Aushilfe von S 3.000,- für Spitalsaufenthalt (mindestens 10 Tage) kann an Opferausweis- oder Amtsbescheinigungsinhaber, auch an deren Ehegatten oder unterhaltsberechtigte Kinder 1 x pro Kalenderjahr gewährt werden. Einkommensgrenzen wie bei **Heilfürsorge**. Mehrere Spitalsaufenthalte eines Kalenderjahres zusammengezählt werden, auch verschiedene Leidenszustände.

Kur- bzw. Erholungsaufenthalt

ist in erster Linie bei der zu ständigen Krankenkasse einzureichen, wenn eine Abweisung erfolgt, dann können Amtsbescheinigungsinhaber bei der zuständigen Landesregierung (Opferfürsorge) einen Zuschuß beantragen, dieser wird aber nur dann gewährt, wenn eine vorherige ärztliche Untersuchung diesen Kur- resp. Erholungsaufenthalt befürwortet hat.

Zuschüsse

für Kur- bzw. Erholungsaufenthalt täglich höchstens

S 288,-

für eine Begleitperson täglich höchstens

S 165,-

je Zahnkrone

S 1.438,-

für Hörapparate bzw. Krankenfahrstühle

S 9.906,-

für Sehhelfer (Brillengläser)

S 3.329,-

für Fassung

S 500,-

für orthopädische Schuhe

S 3.856,-

für sonstige Heilbehelfe und Heilmittel

S 2.200,-

für psychotherapeutische Behandlungen: bis zur Höhe des dreifachen Betrages des Kostenzuschusses des Krankenversicherungsträgers (ohne Einkommensgrenze)

Einkommensgrenzen für Gewährung zinsfreier Darlehen betragen

für Einzelpersonen

S 23.422,-

für Ehepaare

S 26.768,-

zusätzlich je Kind

S 3.624,-

Johannes Eidlitz

Der neue Mann der Linken

Die Sozialistische Partei Österreichs hat sich eine neue Spitze gegeben. Nach den Rücktritten von Klima als Parteivorsitzender und Rudas als Geschäftsführer, gab es zunächst ein heftiges Gerangel um die frei gewordenen Führungspositionen.

Der einzig ruhende Pol schien Klubchef Peter Kostelka zu sein, der ja auch im Parlament in den jüngsten innerpolitischen Auseinandersetzungen mit der blau-schwarzen Mannschaft stets das Schwergewicht getragen hatte. Es gab eine nicht so kleine Gruppierung, die sich den Linksaßen, Caspar Einem, als Parteivorsitzenden wünschte. Der meist Umstrittene war freilich Karl Schlögel, dem man nachsagte, er genieße die Sympathien einer Mehrheit der Parteimitglieder. Aber es stellte sich heraus, daß es sehr heftigen Widerspruch gegen den ehemaligen Innenminister gab, dem man „allzu große Nähe zur Freiheitlichen Partei“ vorwarf. Man nahm ihm auch seine Maßnahmen bei der Fremdenpolizei übel, die ebenfalls als eine Anlehnung an Jörg Haider gedeutet wurde.

Ein Apparatstück

Nun ist Dr. Josef Gusenbauer für den Parteivorsitz nominiert worden. Er ist gerade vierzig Jahre alt, hat eine typische Parteifunktionäre Karriere durchlaufen. Er stammt aus sehr bescheidenen Verhältnissen ist Mitglied der sozialistischen Jugend gewesen, war sogar auch später Stellvertreter von Josef Cap als Bundesjugendführer, kam von einem Amt zum anderen und wurde schließlich Landespartei sekretär für Niederösterreich, da hatte sich Karl Schlögel ihn extra geholt. Nun machte er den Sprung in die Löbelstraße, wo er zunächst Bundesgeschäftsführer wurde. Das war er aber nur für kurze Zeit, denn schon Anfang März stand fest, daß er als

Parteiohmann nominiert werden sollte.

Es war das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen linkem und rechtem Flügel. Daß man bei Schlögel allzu große Nähe zur Freiheitlichen Partei festgestellt haben wollte, was gewiß im Prinzip unrichtig, aber insofern stimmig, weil Karl Schlögel über eine Anlehnung, an die FPÖ in einer Art von Koalition nachgedacht haben mag. So war Gusenbauer nun übrig geblieben. Seit der eben erst zurückgetretene Bundeskanzler Viktor Klima und noch Parteiohmann der SPÖ sich für die Wahl von Gusenbauer zu seinen Nachfolger entschieden hatte, waren in der obersten Parteispitze heftige Auseinandersetzungen vorangegangen, denn es waren keineswegs mit Schlögel und Einem alle Kandidaten genannt, so war auch der frühere Finanzminister Edlinger im Gespräch, seitdem er im Parlament eine außerordentlich scharfe und bei der Linken als erfolgreich bezeichnete Rede gegen die gegenwärtige, schwarz-blaue Regierung gehalten hatte.

Sozialist und Katholik

Dr. Josef Gusenbauer sagt von sich selbst. Es gäbe für ihn nur vier fixe Positionen. Das sei seine Mitgliedschaft in der Sozialistischen Partei, seine Mitgliedschaft im Gewerkschaftsband und in der römisch-katholischen Kirche und

schließlich beim SK Rapid. Es wird von ihm berichtet er bei ein braver Ministrant gewesen, wie das mit seiner frühen Mitgliedschaft bei der Sozialisti-



schen Jugend zusammengeht ist nicht klar, das muß er wohl selbst beantworten. Aber Gusenbauer wäre ja nicht der erste sozialistische Politiker, der sich mit der katholischen Kirche vertragen will und auf seine religiös betonte Jugend hingewiesen hat.

Ihn richtig zu positionieren ist nicht so einfach. Man hat ihm seinerzeit, noch aus der Zeit der Jugendbewegung, vorgeworfen, er hätte zu engen Kontakt mit sehr linken Gruppierungen, um nicht zu sagen mit der kommunistischen Partei. Hier kommt eine Geschichte zum Tragen, die natürlich sehr verschieden ausgelegt wird. Gusenbauer reiste einmal mit einer Gruppe nach Moskau, dort beim Aussteigen aus dem Flugzeug, kniete er

nieder und küßte die „sozialistische Erde“. Er selbst hat das als ironische Anspielung auf das Verhalten des Papstes, der ja auch immer den Boden küßt, wenn er irgendwo ankommt, bezeichnet. Andere hingegen wieder meinten es sei typisch für ihn gewesen. Es handle sich darum den heiligen sozialistischen Boden zu berühren.

Links, linker oder?

Wie immer es nun gewesen sein mag, so weit links ist Gusenbauer heute gewiß nicht mehr. Trotzdem muß man erwarten, daß er eine Position der Sozialistischen Partei Österreichs weiter links einnehmen wird, als es unter Klima gewesen ist und wie es auch unter Schlögel gewesen wäre. Ob er sich da in einer Art von Konkurrenz mit Caspar Einem befindet, wird sich zeigen müssen. Jedenfalls hat er seine erste Rede als nominierter Parteiohmann im Parlament in einer Art und Weise gehalten, die außerordentlich scharf war und ihn sehr weit links positionieren würde, wenn das alles so für die Zukunft stimmen sollte.

Er selbst meinte in einem Interview: Selbstverständlich sei der Marxismus von Bedeutung und der Dialektische Materialismus sei nach wie vor eine wichtige Richtlinie. Allerdings mit gewissen Varianten. ■

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber:
Kuratorium der ÖVP-Karnerd-Schule der politisch Verfolgten,
1080 Wien, Laudongasse 16
Verleger: NORRA-ZEITUNGS-VERLAG Ges.m.b.H.,
3403 Klosterneuburg,
Wener Straße 106
Redaktion: Johannes Eidlitz
Fotos: Felber, „Presse“-Archiv,
Vogelsang-Institut
Layout: Tanja Pichler, 1080 Wien,
Kettenbrückengasse 11/23
Druck: Druckerei Kämpfer GmbH
Hans-Sutter-Str. 9-15, 8150 Wetz